

Presseinformation

7/2012

Kiel, 11. Januar 2012

Antje Jansen zur Debatte um Asbest-Transporte: „Einseitige Einschränkung der Sicherheitsstandards muss beendet werden.“

Antje Jansen zum heutigen Bericht der Umweltministerin über den aktuellen Stand der Transporte von Asbestmüll nach und durch Schleswig-Holstein und der Stellungnahmen des Aktionsbündnisses gegen Asbesttransporte und Ablagerung auf den Deponien Rondeshagen und Schöberg-Ihlenberg:

„Wir nehmen erfreut zur Kenntnis, dass die schleswig-holsteinische Landesregierung mit der Umsetzung der Asbesttransporte von Niedersachsen nach Schleswig-Holstein nicht rechnet.

Nichtsdestotrotz hat sich die Sache damit für uns noch nicht erledigt.

Es stellt sich immer noch die Frage nach einer sachgerechten Entsorgung und Lagerung von Asbest. Es ist doch absurd, dass es einem Bundesland möglich ist, einen Asbestmülltransport durch andere Bundesländer unter einseitiger Herabsetzung der Sicherheit und ohne weitere Gefährdungsabschätzung zu genehmigen, ohne dass sich die betroffenen Länder rechtlich dagegen wehren können. Solange das nicht geklärt ist, können weitere Transportversuche nicht ausgeschlossen werden.

Die Landesregierung muss sich jetzt dafür einsetzen, Transporte von Asbestmüll ohne Gefährdungseinschätzung und mit eingeschränkten Sicherheitsstandards und gegen den Willen des Empfängerlandes unmöglich zu machen.“